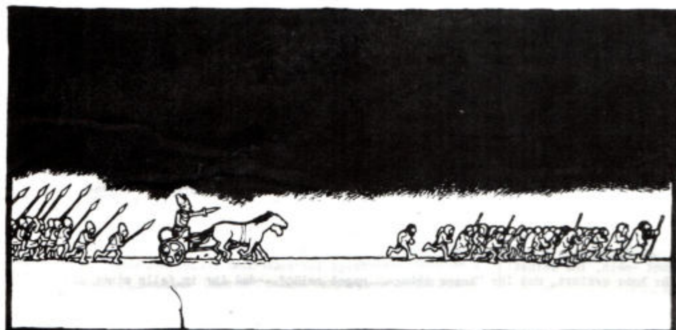
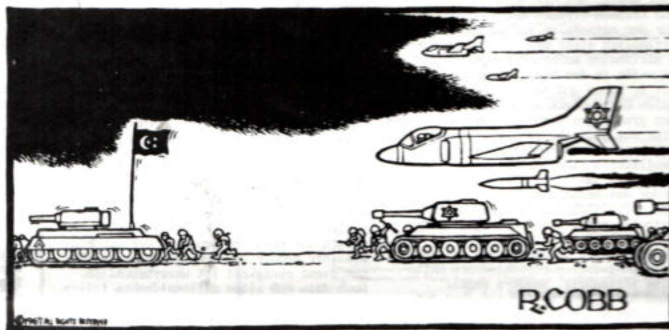
bulletin

DAS ORGAN DER ANARCHISTISCHEN BADISCHEN FÖDERATION
JAHRGANG 1977 NUMMER 16





LOS ANGELES FREE PRESS - JUNE 9, 1967

Inhalt:

Kommentar zum Zeitgeschehen:

Begin und Anwar-el Sadat treffen sich in Israel! Was selbst kenner der politischen lage im Nahen Osten kaum glauben woll ten, vollzog sich dieser tage vor unseren augen.

Der chef der arabischen regierung Sadat, welcher vor drei jahren noch demonstrierende studenten und arbeiter für den "sozialistischen aufbau" zusammenknüppeln ließ, wofür ihm die sowjetische regierungsbande brüderliche unterstützung gewährte und der terrorist Begin, der die morde an Engländern und Arabern (frauen und kindern) heute noch für den nationalen aufbau als wichtig und unerläßlich sieht und sich rühmt für diesen nationalen aufbau des staates Israel mit der waffe in der hand gegen alle feinde gekämpft zu haben und heute den national-klerikalen Likud-block anführt, der die religiösen grundlagen des Judentums als grundlagen für die jüdische gesellschaft und den israelischen staat durchsetzen will, sie beide vollführen eines der besten schauspiele der letzten jahre.
Begin, der das recht aus der bibel ableitet und Sadat, der sich auf die ordnung des schlagstocks stützt haben mehr gemeinsam als nur das recht- und ordnungsdenken.
Verbrüderung unter nationalisten ist in krisenzeiten zwischen verschiedenen nationen keine seltenheit, sondern regel.
Begin und Sadat können sich auf ihre gut funktionierende unterdrückungs- und ausbeutungssysteme stützen, und erhalten noch vom großteil der unterdrückten und ausgebeuteten ihrer länder beifall, da alle menschen im Nahen Osten frieden wollen. Doch der 'Friede' im Nahen Osten zwischen Israel und Ägypten ist nichts anderes als die "friedliche koexistenz" zwischen ost-und westblock um ihre klassenherrschaft im innern des eigenen landes zu festigen und auszubauen.

Das geschrei und gezeter anderer nationalisten über den "verrat Sadats an der arabischen sache", bedeutet nichts anderes, als das sie, allen voran die palästinensische befreiungsorganisation, und allen phrasen zum trotz immer noch daran glauben eines tages "die Juden ins meer treiben" zu können.
Die begegnung Begin-Sadat vermittelt den anschein, als hätte einer der vielen krisenherde unserer erde an spannung verloren; -doch der schein trügt! Solange die sozialen fragen nicht beantwortet sind, solange ungerechtigkeit und somit ausbeutung und unterdrückung nicht restlos beseitigt sind, solange können sich regierungschefs und präsidenten, führer und sprecher, minister und abgeordnete auf tausenden von konferenzen gegenseitige versicherungen geben, und dennoch kommen sich die völker selbst keinen schritt näher. Die menschen selbst, gleich welcher sprache, rasse und kultur müssen die menschen jenseits der grenzen als ihre brüder und schwestern begreifen, nur diese einigkeit ist unverbrüchlich.
Doch dazu muß alles nationaldenken fallen, muß dem gedanken der internationalen, der universellen menschheit platz machen, muß die menschheit das joch der fremdbestimmung durch unterdrückung und ausbeutung abschütteln! Und erst wenn diese träume und wünsche wirklichkeit sind, erst dann wird es nicht mehr den anschein haben als gäbe es keine krisenherde; -sondern es wird sie nicht mehr geben!

bee

opfer überzeugter und ehrlicher revolutionäre sozialistischer prägung, deren arbeitserfolge sich die neuen herrscher aneigneten und als ihre eigenen ausgaben.
Das fragezeichen hinter ag rep. gegen frauen hat schon früchte gezeigt. Ihr schreibt nicht mehr rep. sondern repression, mich würde nun noch interessieren was ag bedeutet (na, ist das nicht konstruktiv?).
Seltsam, daß ausgerechnet leute die sich als marxisten bezeichnen wie astrologen, sterndeuter und gottesfürchtige über bedeutungen rätseln statt das wesenhafte einer sache festzustellen und zu begreifen.
Wenn ich die veranstaltung, sowie das vorspiel als lächerlich bezeichne, so ist das vorspiel und die veranstaltung vom wesen her, von seinem inhalt her lächerlich, was Ihr ja selbst auch nicht bestreitet.
Dies sagt nichts über einige gute ansätze aus, die zu entwickeln Ihr nicht in der lage ward.
Wie Ihr daraus den schluß zieht, daß wir als An-archisten resigniert seien um bei einem für die linken ungünstigen kräfteverhältnis lieber! gar nichts machen, also das ist mir rätsel- und schleyerhaft!
Es ist zwar nett von Euch mir eine objektivität zu zu erkennen;...-aber ich war als subjektiver beobachter da!, und habe meine ansichten und eindrücke formuliert und auch veröffentlicht.
Nicht ich habe Euch die berechtigung als Russel-unterstützungs-komitee zu agitieren aberkannt -nein, Ihr selbst!
Denn Ihr habt erklärt, daß Ihr "keine illusionen über den bürgerlichen charakter des internationalen Russel-komitees " habt, daß es Euch vor allem darum geht "über dieses unterstützungs-komitee eine breite aktionseinheit zu bilden um den widerstand zu organisieren".
Und es sei die frage erlaubt, wieso ein (eventueller) vorwurf in "letzter konsequenz" auf uns zurückfällt, nur weil wir uns "nicht zu wort gemeldet" haben?
Da fehlt das, was allgemein als Logik bezeichnet wird!
Anarchistische aktivität ist widerstand!
Dazu meine ich, benötigen wir keine speziellen komitees. Inhalt unserer arbeit ist die organisierung des widerstandes gegen jeden staat, gegen jede klassenherrschaft, ja gegen jede herrschaft an sich! Ziel ist die überwindung und zerschlagung der staatlichen organisation und praktizierung der klassenlosen gesellschaft.
Entweder wir bekämpfen durch unsere tagtägliche arbeit das system der unterdrückung dann benötigen wir keine speziellen "antirepressions-komitee" oder wir 'bekämpfen' es durch phrasen 1 oder 2mal wöchentlich abends in versammlungen und mit bergen von papieren.
Um mißverständnissen vorzubeugen, als antiparlamentarier laße ich mich nicht gern mit parlamentarischen begriffen wie "links", "halblinks", "mitte" oder "rechts" einordnen. Und ich sehe aus all den vorhergeschriebenen keinen grund "konstruktive" (=also aufbauende) Kritik an Euch und Eurer arbeit zu leisten.
Oder sollen wir als An-archisten wieder einmal die politik für Euch machen?, deren erfolge Ihr Euch dann wieder mal unter den nagel reißt?, -daß Ihr im falle einer gesellschaftlichen umwälzung mit Eurer polizei und armee uns wieder vernichtet und unsere organisationen zerschlagt?

bee

Artikel und Leserbrief

kampf der *politischen* unterdrückung!?

Unter dieser parole fand am 9.sept. in Karlsruhe eine veranstaltung statt. Schon das vorspiel war so lächerlich wie die veranstaltung selbst.
Die "verantwortlichen" (kommunistischer bund-nord, spartacus-trotzkisten-bolschewisten, sowie frauenzentrum Karlsruhe -vertreten durch eine ag rep. gegen frauen?) hatten eine städtische halle in Durlach (vorort und "mutter" von Karlsruhe) angemietet.
Die "verantwortlichen" gaben sich als unterstützungskomitee des Russel-tribunals aus.
Nun die genehmigung zur benutzung dieser halle wurde kurzfristig vom stadtrat durch einen entsprechenden CDU-antrag widerrufen. Da mußte sogar der beamte vom amtsgericht lachen, das eine veranstaltung gegen die politische unterdrückung aus politischen gründen verboten wird.
Das komitee wollte eine einstweilige verfügung erwirken und seine veranstaltung doch durchführen, -kam aber mit dem antrag nicht durch. So wurde die veranstaltung in ein größeres nebenzimmer einer kneipe verlegt. Die städt. halle selbst war von einer mauer aus grün umringt, die mit scharfen hunden darüber wachten, das auch keiner es wagen würde den saal doch zu betreten. Zu bemerken ist noch, daß die NPD in dieser städt. halle immer wieder mit hilfe einstweiliger verfügungen ihre veranstaltungen durchführen konnte.
Die veranstaltung selbst begann damit, daß sich das komitee nach langem hin und her dazu bekannte, mehr erreichen zu wollen als nur ein tribunal der Russel-Peace-Foundation zu ermöglichen. Es blieb allerdings im verborgenen wie das komitee den widerstand gegen die [illegible] unterdrückung organisieren möchte.
Das lag zum teil auch daran, daß ein paar [illegible] der [illegible] waren, daß die wichtigste aufgabe in der BRD heute darin besteht öffentlichkeit für die gefangenen der RAF herzustellen und die anwendung der Genfer Konvention für die guerilla-gefangenen der RAF zu fordern.
Es gelang ihnen auch die veranstaltung auf diese diskussion festzulegen (durch verlesen einer ca. 1o seitigen erklärung die kaum ein mensch verstand und der viele von der aufnahmefähigkeit her auch nicht folgen konnten).
Sie wurden in der verlesung lediglich durch den spaltacus unterbrochen, der dann seinerseits eine programmatische erklärung abgeben wollte.
So endete diese an sich für unsere verhältnisse hier sehr gut besuchte veranstaltung in einem nebulösen chaos, aus welchem die meisten enttäuscht nach hause gingen.

Die wichtigsten fragen: wie organisieren wir den widerstand; welche praktischen möglichkeiten haben wir; in welcher form können wir aufklärungsarbeit leisten und wie können wir interessierte für den kampf gegen die bestehenden und sich entwickelnden verhältnisse gewinnen wurde nicht beantwortet, ja nicht einmal gestellt.
Diese veranstaltung reduzierte sich auf den verkauf einer mittelmäßigen "dokumentation" (die ereignisse nach Buback in Karlsruhe und sechs seiten abkopierte erläuterungen über die paramilitärische aufrüstung der polizei, des BGS und der sondereinheiten aus dem Arbeiterkampf), sowie den hinweis wo sich das komitee trifft, [illegible] das man dort materialien abgeben könne, die für eine neue dokumentation verwendet werden sollen.
Ich werde den verdacht nicht los, [illegible]

bee

KOMITEE ZUR UNTERSTÜTZUNG EINES RUSSEL-TRIBUNALS GEGEN DIE REPRESSION IN DER BRD - KARLSRUHE. LESERBRIEF:
am 9.9.77 fand in karlsruhe eine veranstaltung der russel-initiative mit dem thema "kampf der politischen unterdrückung" statt. in euerer zeitung "bulletin" setzt ihr euch in einer sehr unsolidarischen art und weise d damit auseinander: was soll zb das fragezeichen hinter ag repression gegen frauen; oder die"umtaufung" von spartacus in spaltacus und arbeiterkampf in arbeiterkrampf ? euerer meinung nach, war sowohl das vorspiel, als auch die veranstaltung selbst lächerlich, was doch nur bedeuten kann, daß ihr es für lächerlich haltet, wenn wir vor der festhalle durlach eine protestkundgebung mit gleichzeitiger pressekonferenz abhalten. wenn dem so ist, zeigt das schlagend euere resignation, da ihr es folglich bei einem für die linke ungünstigem kräfteverhältnis vorzieht, lieber gar nichts zu machen. oder haltet ihr es für unsinnig, wenn wir gegen das verbot unserer veranstaltung gerichtliche schritte einleiten. richtig ist, daß die linke von der justiz in solchen fällen wenig unterstützung erwarten kann. das schließt jedoch die ausschöpfung rechtlicher mittel nicht aus. in einzelfällen wurden sehr wohl erfolge erzielt und zweitens kann auch ein ablehnender gerichtlicher bescheid nachträglich politisch ausgeschlachtet werden. neben einigen berechtigten kritikpunkten am schluß eueres beitrags bewegt sich der artikel auf einer sehr seltsamen politischenebene. so sprecht ihr uns die berechtigung als russel-unterstützungskomitee aufzutreten ab, oder was soll die formulierung: "die verantwortlichen gaben sich als....aus" ? im stile der bnn-berichterstattung macht ihr euch dann zum objektiven beobachter, und glaubt ihr festgestellt zu haben, daß die meisten nach einem nebulösen chaos enttäuscht nach hause gingen". ihr kritisiert, daß das problem, wie der widerstand organisiertwerden soll, nicht behandelt, ja nicht einmal die frage danach gestellt wurde. das ist zunächst einmal richtig, doch fällt der vorwurf in letzter konsequenz auf euch selber zurück, da ihr euch auf der veranstaltung kein einziges mal zu wort gemeldet habt. auch ist uns nicht bekannt, daß ihr euch in irgendeiner weise an komitees, die zur repression arbeiten beteiligt. um mißverständnissen vorzubeugen: wir haben nichts dagegen, wenn ihr uns kritisiert; jedoch sollte kritik, wenn sie aus dem linken lager kommt, nicht destruktiv, sondern mit einer konstruktiven intension verfasst sein. mit solidarischen grüssen

Regionales

Terrorismusfahndung à la Baden-Württemberg -ib-

Im rahmen der terrorismusfahndung nach dem tod Schleyers und den Stammheimer ereignissen wurde einem genossen des info-büros die "ehre" zu teil, von einem Stuttgarter sicherheits-agenten names Ziegler besucht zu werden. Dieser besagte "hohe staatsbesuch" fand ende Oktober statt. Der staatsknecht war sogar so mutig, daß er den betroffenen direkt am arbeitsplatz besuchte. Dies mache ja weniger aufruhr als eine polizeiliche hausdurchsuchung.
Der staatsdiener war mit der absicht gekommen, mit dem genossen der ABF einen zeitpunkt für ein 'gespräch" zu vereinbaren, in welchem er dann gerne einige fragen an den genossen gerichtet hätte.
Er meinte, er könne ja den genossen durch provokative fragen zu aussagen bewegen. Obwohl ihm klar gemacht wurde, daß ein solches "gespräch" völlig sinnlos sei, ließ er nicht locker und wollte einige tage später nochmal anrufen.
Das tat er dann auch.
Der genosse betonte nochmals ausdrücklich, daß er an einem "gespräch" nicht interessiert sei. Hierauf meinte dann der staatsschützer ob sich der genosse denn nicht zu rechtfertigen habe?
Auf die frage warum antwortete er, daß dies ja der grund seines besuches sei. Es gehe um die aktivitäten des genossen an seinem wohnort, innerhalb der ABF und um querverbindungen zu anderen gruppen.
Als ihm dann nocheinmal dargelegt wurde, daß ein "gespräch" nutzlos sei, zumal er die adressen und namen, die er gerne erfahren wolle sowieso schon kenne, wurde der agent wütend und brüllte ins telefon, daß dies nicht wahr sei.
Dann wieder ganz cool: Schließlich habe man den genossen des IB ja ganz bewußt ausgesucht, da man dachte, wenigstens er sei vernünftig, wenigstens mit ihm könne man auf einen "grünen zweig" (wörtlich!) kommen.
Doch der staatsdiener mußte enttäuscht werden, denn daß das "gespräch" nie stattfand ist klar.
So wird er eben weiter schnüffeln müssen. Pech für ihn, denn er hätte es sich gerne einfacher gemacht.

Solidarität à la Geschichte? Antwort auf leserbrie f des Russel-unterstützungs-komitees Karlsruhe

Also da staunt doch manch einer.
Da lesen wir im bulletin 14/15 einen leserbrief der mit solidarischen grüßen unterzeichnet ist und in welchem, gleich vorne weg, unsere (richtiger meine) art und weise der auseinandersetzung als unsolidarisch bezeichnet wird.
Ja wer will denn da gerne mit mir solidarisch sein, etwa der Spartacus?, der noch immer das broschürchen "spanische Lehren" von Leo Trotzky 1.-DM verkauft, in welchem unsere genossen in Spanien, in der Ukraine ebenso wie in Kronstadt als konterrevolutionäre beschimpft werden (s. 13), -indem entgegen aller tatsachen behauptet wird An-archisten und Stalinisten stünden auf der einen seite der barrikaden, die arbeitermassen und revolutionären marxisten aber auf der anderen! (s. 14) In welchem WIR als An-archisten nicht solidarisch, sondern als feinde behandelt und beschimpft werden.
Und solche leute wollen gerne von mir oder uns SOLIDARITÄT? Die auf einer ganz miesen und charakterlosen ebene lügen über lügen verbreiten und somit nicht zu einer klärung sondern zur allgemeinen verwirrung beitragen.
WAS stellen die sich eigentlich unter SOLIDARITÄT vor?
Sollen wir mit diesen elementen ein schutz- und trutzbündnis eingehen, die eine geheime staatsschutzpolizei, kommissare, militarismus sowie einen staatsapparat herstellen wollen -aber mit "sozialistischem?" inhalt (s.19).
Die außerdem in der konkreten situation die opferbereitesten genossen in den tod treiben wollen (s.18).
Also ich bin für solche komischen und einseitigen bündnisse nicht zu begeistern!
Oder glauben die leser-brief-schreiber tatsächlich, daß die An-archisten soviel blauäugige naivität haben, wie es der KB im AK 11o seinen lesern weismachen möchte?
Ich mag zwar ein kindliches gemüt haben, aber diese friede-freude-eierpfannkuchen-gefühlsduselei der aktionseinheiten und einheits- sowie volksfrontstrategien haben für mich als An-archist einen sowohl geschichtlich als auch inhaltlich/praktisch begründeten blutigen beigeschmack (Lenin sagte 192o zur haltung der kommunisten gegenüber den An-archisten: " In der ersten phase der revolution sind die anarchisten nützlich, ja von unschätzbarem wert. Wenn sie aber in der zweiten phase die revolutionäre staatsmacht nicht respektieren, müßen sie als konterrevolutionäre betrachtet werden.")
Wer von den leser-brief-schreibern würde gegen diese (zynisch /charakterlose auf rein taktisch /militärischen erwägungen ausgerichtete) "bündnispolitik" Lenins stellung beziehen?; -wohl keiner, denn das ist doch die grundlage aller marxistisch/leninistisch/trotzkistisch/bolschewistisch/stalinistischen organisationen!
Die wenigen, die in diesem komitee aus dem willen zum widerstand mitarbeiten, ohne sich auf eine der beiden organisationen festzulegen sollten die geschichte und schicksale der linken sozialrevolutionäre und der links-sozialisten in revolutionären erhebungen genau studieren. Das schicksal Vera Vigners, Isaak Steinbergs, Victor Serges, Erich Wollenberg und... und...und.. ist stellvertretend beweis genug für tausende von verratenen aktionsbündnissen und

DAS bulletin
ORGAN DER ANARCHISTISCHEN BADISCHEN FÖDERATION

Nationalisten und Faschisten sammeln sich wieder!

(aus "blauer anton" DGB-jugend/schwetzingen)
Die neofaschistische NPD hat in Hockenheim den Weinheimer stadtrat Günther Deckert, oberstudienrat am Mannheimer Tulla-gymnasium, als kandidaten für die bürgermeister wahlen im nächsten jahr aufgestellt.
Zur eröffnung ihres wahlkampfes rief die NPD ihre mitglieder im ganzen kreis zu einem fackelzug am 2.November in Hockenheim zusammen.
Von einer jounalistin der Hockenheimer

tageszeitung befragt ob "derartige veranstaltungen nicht zwanghaft assoziationen zu fackelmarschierern um 1933 wecken müßten", meinte Deckert, er suche die provokation.
Gegen diese Nazi-provokation führten ca. 2o-25 Hockenheimer jugendliche spontan eine gegenaktion durch.
Sie traten den etwa 4o angereisten Nazis mit den sprechchören "Nazis raus aus Hokkenheim!" und "Nie wieder Faschismus-Nie wieder krieg!" entgegen.
Die mit schlagstöcken und schäferhunden bewaffneten "ordner" versuchten ständig schlägereien zu provozieren und beschimpften die jugendlichen anti-faschisten als "Buback-mörder".

Nationalistische und Faschistische zeitungen, vertriebe & verlage
-ABF-archiv

ERKLÄRUNG

Die von Deutschland unabhängige Exilregierung der Republik Freie Stadt Danzig gibt über ihr Büro AHLERS, D-7891 Rheinheim-Europa, folgende Erklärung ab:
Im Namen des Rechts und der Menschlichkeit fordern wir:

1. Respektierung des allgemeinen, internationalen Völkerrechts und der abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge.
2. Räumung aller Gebiete, deren Besetzung durch Bruch des anerkannten, internationalen Völkerrechtes geschah, und durch den Bruch des Selbstbestimmungsrechtes. Hierunter fällt insbesondere die Republik Freie Stadt Danzig.
3. Sofortige Räumung des Staatsgebietes der Republik Freie Stadt Danzig durch alle fremden und ausländischen Besatzungen.
4. Bis zur endgültigen europäischen Friedensregelung hat die UNO die Verpflichtung des Völkerbundes in Danzig wahrzunehmen.
5. Das Staatsgebiet der Republik Freie Stadt Danzig ist sofort von UNO-Truppen zu besetzen.
6. Wir fordern mit allem Nachdruck sofortige Verhandlungen über die Rückgabe des Staatsgebietes der Republik Freie Stadt Danzig an seine angestammte Bevölkerung.
7. Wir fordern Wiedergutmachung seit dem 1. September 1939.

Hierzu stellen wir fest:
a) Das internationale Völkerrecht und auf deren Grundlage abgeschlossene Verträge verlieren ihre Glaubwürdigkeit, wenn durch imperialistische Gewaltmaßnahmen Zustände geschaffen werden, die das Völkerrecht zur Farce machen.
b) Unrecht kann durch Unrecht nicht beseitigt werden. Wir sind gegen jede Art von Gewalt und deren Anwendung, bejahen aber den Kampf für Freiheit und Recht.
c) Die Deutsche Bundesregierung und die Verwaltung der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands haben keinerlei staatsrechtliche Befugnisse, Verhandlungen über das Staatsgebiet der Republik Freie Stadt Danzig mit irgend einem Verhandlungspartner zu führen. Sie haben auch nicht das Recht, Verhandlungen zu führen über den Bestand des Deutschen Reiches. In bezug auf Danzig ist nur der Senat bzw. die Exilregierung der Republik Freie Stadt Danzig, laut Verfassung der Freien Stadt Danzig vom 14. Juni 1922 und 4. Juli 1930, bevollmächtigt.
d) Die Exilregierung Republik Freie Stadt Danzig lehnt jeglichen Verzicht auf ihr Staatsgebiet ab, sie lehnt jegliche Anerkennung der polnischen Ansprüche auf Danzig ab.
Die Exilregierung wird in Kürze allen ausländischen Regierungen, Parteien, Organisationen und Verbänden, sowie Presse, Funk und Fernsehen eine Regierungserklärung zuleiten.

Exilregierung Republik Freie Stadt Danzig
Im Auftrag
Büro AHLERS

Aus dem Inhalt

Machtübernahme am 30. Januar 1933
Fackelzug bei Hitlers Regierungsantritt, Reportage, Ansprache Görings

Tag von Potsdam am 21. März 1933
Erste Tagung des am 5. März 1933 gewählten Reichstages in der Potsdamer Garnisonkirche — Reportage von den Feierlichkeiten — Ansprache Hindenburgs

Tag der Nation Berlin am 21. März 1933
Reportage vom Triumphzug Unter den Linden

Zum 20. Gedenktag an den Kriegsausbruch 1914
Vereidigung der Wehrmacht auf Hitler
Ansprache General von Witzleben am 2. und 4. August 1934

Überführung Hindenburgs von Neudeck zum Ehrenmal Tannenberg am 6. August 1934

Heldengedenkfeier am 17. März 1935
Ausschnitte aus der Ansprache des Reichswehrministers Generaloberst von Blomberg

Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht
Ausschnitte aus der Reichstagsrede Hitlers vom 21. Mai 1935

Tag der Wehrmacht
Rede Hitlers auf dem Reichsparteitag Nürnberg am 12. September 1937

Märsche, Soldatenlieder, Fanfaren
Musikzug der Leibstandarte Adolf Hitler, SA-Schalmeienkapelle u. a.

Zu beziehen durch

Buchdienst Nation Europa
8630 COBURG
Postfach 670

Von links nach rechts: Junge Sprecher, Dr. Ludwig, Konrad Windisch, Heinz Gollner

ERFOLGREICHE STUDIENTAGUNG DER „AfP"

Es waren mehr Besucher als im vorigen Jahr, es war eine hochqualifizierte Zuhörerschaft, wie eh und je, und die Referate verbanden wohltuende Gemeinverständlichkeit mit dem gewohnten hohen Niveau. Mit einem Wort: ein voller Erfolg auch diesmal. – Von der 7. Studientagung der Arbeitsgemeinschaft für Politik (AfP) ist die Rede, die am 4./5. November 1972 traditionsgemäß im oberösterreichischen Dichtersteinmarkt Offenhausen stattfand.

größeren Zusammenhang der 100-jährigen russischen Geschichte, wies auf das Sinken des weltpolitischen Einflusses der Sowjetunion hin und strich, verbunden mit interessanten zeitgeschichtlichen Randbemerkungen, die Notwendigkeit heraus, durch europäischen Zusammenschluß von den Nationen her das Gewicht der Sowjets noch mehr zu verringern.
Ursprung und Herkunft unseres Kulturkreises war ein Lichtbildervortrag von Ing. Rudolf Czeppan gewidmet, der sich mit dem Problem befaßte, die Heimat der legendären atlantischen Urkultur könnte doch das heutige Schleswig-Holstein gewesen sein mit Helgoland als geographischem Überrest.

Freiheit den Menschen! • Frieden den Völkern! • Kampf den Imperialisten!

Im Doku-verlag G.Kunz ist eine gute dokumentation über nationalistische jugendbünde erschienen. Sie weist leider 2 schweiwiegende mängel auf: 1.) werden im 1. kapitel linksradikale, terroristen und anarchisten für bombenanschläge und flugzeugentführungen verantwortlich gemacht und ihre 'gefährlichkeit' nicht bestritten; 2.) ist die dokumentation mit 9o seiten für 9,8o dm und schelchtem druck viel zu teuer!
Wer sie trotzdem bestellen möchte: G.Kunz
jägerweg 5
7517 Waldbronn
Der Titel: Revolten von rechts von S.Kurtschinski

●

über-regionales

Hast Du auch einen Onkel?

1931 ist er mit der mitgliedsnummer 594899 in die NationalSozialistischeDeutscheArbeiterPartei eingetreten.
Am 14.Juni 1933 wurde er kriminalbeamter bei der württembergischen politischen polizei in Stuttgart und arbeitete auf dem gebiet der spionageabwehr.
Er wurde am 9.November 1938 zum SS-untersturmbannführer befördert. Seine mitgliedsnummer in der SS: 55211, seine dienststelle war das SicherheitsDienst hauptquartier in Berlin.
Am 2o.März 1939 wurde er auf anweisung des reichsführers der SicherheitsStaffel Heinrich Himmler als verbindungsmann zur italienischen polizei nach Rom beordert.
Ende des September 1943 wird er zum Obersturmbannführer der SS befördert. Seine heimatdienststelle bleibt weiterhin das reichssicherheits-hauptamt in Berlin.
Er wird träger des SS-ehrenringes und des SS-ehrendegens. Sie werden ihm von Himmler persönlich verliehen.
Gleichzeitig wird mein onkel kommandeur der sicherheitspolizei (KdS) von Rom und Mittelitalien.
Im September 43 wird Rom von national-sozialistischen truppen besetzt. Am 6.Oktober 1943 wird reichsaußenminister Ribbentrop von der deutschen botschaft in Rom mitgeteilt, daß der "obersturmbannführer von Berlin den auftrag erhalten (hat), die 8ooo in Rom wohnenden Juden festzunehmen und nach Oberitalien zu bringen, wo sie liquidiert werden sollen."
Im gleichen monat werden bei der ersten razzia etwa 1ooo menschen jüdischen glaubens oder herkunft verhaftet. 615 von ihnen werden bereits am 22.Oktober im Konzentrationslager Auschwitz eingeliefert, wo 468 sofort in Gaskammern ermordet wurden. Insgesamt wurden während der national-sozialistischen besetzung Roms 1127 jüdische mitmenschen nach Auschwitz gebracht. Nur 15 kamen zurück.
Am 24.März 1944 leitete er die erschießung von 335 geiseln in den Ardeantinischen Hölen. In der zeit zwischen 15 uhr 3o und 20 uhr wurden alle geiseln erschoßen. Unter Ihnen befanden sich 57 jüdische menschen, die mein onkel selbst ausgesucht hatte. Die erschießungen fanden in seiner gegenwart statt. Er selbst legte mit hand an, als einer der offiziere sich weigerte:" Ich legte meinen arm um ihn, dann gingen wir zusammen in die höhlen" sagte er in seinem späteren prozeß in Italien aus.
Alle wurden durch genickschuß getötet, die leichen übereinandergetürmt.
Außer seinem in Stuttgart lebenden bruder ebenfalls mitglied der SS kannte ich niemand. Bis eines tages die aktion "freiheit für Herbert Kappler" begann wußte ich nicht wer Herbert Kappler war. Erst meine mutter klärte mich über die verwandschaftlichen beziehungen auf.
Als ich meinen anderen onkel in Stuttgart 1975 suchte wurde mir amtlich mitgeteilt, daß er und seine familie mit unbekanntem ziel aus Stuttgart verzogen seien.
Seit der gefangenenbefreiung des SS-obersturmbandführers Herbert Kappler aus einem italienischen gefängnis weiß ich, warum den behörden der aufenthalt von angehörigen Herbert Kapplers nicht bekannt ist.
Und ich weiß auch was ein onkel von mir mit alledem zu tun hat.

●

Russel-Tribunal unter beschuß!

Gegenwärtig läuft von seiten namhafter persönlichkeiten der drei "alleinvertretungs"-parteien eine massive kampagne gegen die durchführung des Russel-tribunals. Die Jung-Demokraten zogen auf druck des parteivorstandes der FDP ihre unterstützung zurück:"da die bestehende politische repression die existenz des verbandes in elementarer weise gefährdet".
Willi Brandt erklärte, er lasse es sich nicht gefallen, daß die BRD in "eine propaganda-kampagne hineingezogen" werde, "und dabei der name des verehrungswürdigen Bertrand Russel zu lasten der Bundesrepublik Deutschland mißbraucht wird".
Er werde dafür sorgen, daß "die propagandistischen und verleumderischen absichten des 'tribunals' aufgezeigt und vereitelt" würden.
Gegen diese behauptung von personen die mit Bertrand Russel nie etwas zu tun hatten, verwahrte sich seine witwe in einer presseerklärung: "Daß Bertrand Russel eine solche untersuchung gewünscht hätte (...) wird von niemandem angezweifelt der ihn gekannt hatte".
Die angriffe gegen das Russel-Tribunal und die versuchte unterdrückung gegen unterstützer des tribunals beweist, wie notwendig seine durchführung in dieser zeit geworden ist.

●

Verrücktheit mit system?

Schon seit jahren haben einige von uns kontakte zu einem gewissen O.W. der in einer psychatrischen anstalt einsitzt.
Hatten wir anfänglich seinen beschreibungen über seine lebensbedingungen glauben geschenkt, so wird uns das immer fraglicher. Durch zeitungen aus der anarchistischen bewegung ist O.W. an viele kontaktadressen gelangt, die er nun eifrig anschreibt.
Doch der inhalt seiner schreiben wird von mal zu mal unverschämter und frecher.
So konnten wir feststellen, das O.W. verleumderische äußerungen über einige genossen der ABF verbreitet. Im interesse einer ungetrübten zusammenarbeit und vertrauensvollen solidarität bitten wir alle empfänger derartiger briefe sich mit den angegriffenen genossen in verbindung zu setzen damit diese zu den vorfällen stellung beziehen können. Die delegierten der ABF sind sich darüber einig, daß briefe des O.W. nicht mehr ernst genommen werden können, da es sich hierbei eindeutig um den versuch handelt, zwischen die reihen der genossen mißtrauen und zwietracht zu säen.

●

Angriffe gegen Nürnberger gefangenen-hilfsgruppe -sk-

Während eines abendlichen Spaziergangs, am Freitag, den 7. Oktober 1977, der uns (Willy und seine Freundin Gabi Hartwig) auch am Nürnberger Zuchthaus vorbeiführte, wurde dieser mit unserer vorläufigen Festnahme eendet.
Das Tatgeschehen der Bullen im einzelnen:
Gegen 22.30 Uhr, wir befanden uns gerade in der Sielstraße vor dem AD-Gymnasium, fuhr ein Streifenwagen mit aufgehenden Lichtern auf uns zu. Diesem folgten im Abstand von 2-5 Sekunden aus verschiedenen Richtungen 3 weitere, vollbestzte Streifenwagen und zwei zivile Dienstwagen, die uns einkreisten. Dabei hatte ich den Eindruck, daß sie ns provozieren wollten, d.H. auf der Flucht erschossen.
Nach sofortiger Leibesvisitation und Abnahme der Personalausweise wurden wir in einen Streifenwagen gedrängt und zunächst in die Lenau-Wache gebracht. Als wir dort aufgeordert wurden,Angaben zur Person und zur Sache zu machen (Wer hat die Plaketten auf geklebt?), wurde unsererseits erklärt, daß wir nur im Beisein eines Rechtsanwalts bereit sein könnten, uns in irgendeiner Art und Weise zu äußern. Unserem Ansinnen wurde nicht entsprochen, wir schwiegen uns weiterhin aus.
Unterdessen war uns klar geworden, daß man uns nun einer erkennungsdienstlichen Behandlung unterziehen wolle, umsomehr als bereits von ED-Behandlung hörbar gemunkelt wurde.
Gegen 23.30 wurden wir schließlich ins Polizeipräsidium gebracht, um dort ED behandelt zu werden. Nach ca. 15 Minuten wurde Willy von einem Bullen, der offenbar von zuhause abberrufen war, zusammen mit zwei weitere Bullen abgeführt.
Gabi: Etwa 45 Minuten, nachdem Willy von den Bs nach oben gebracht worden war, kamen zwei Bs mit einem Jungen herein, der sich neben mich setzen mußte. Bis dahin habe ich den Bs im Dienstzimmer zugehört, welche sich über den Text und die Zeichnung der Plakette sowie auch über die Aktionen der RAF unterhielten. Der Junge fragte mich, was ich den angestellt hätte und machte mich darauf aufmerksam, daß sich die dadrinnen laufend über die Schleyerentführung untehielten. Er fragte mich ob ich denn etws damit zu tun hätte, was ich verneinte. Während dieser ganzen Zeit fiel mir schon das dumpfe, in unregelmäßigen Abständen immer wiederkehrende Geräusch aus dem zweiten Stock auf, als der Junge plötzlich sagte, er glaube daß dort oben jemand zusammengeschlagen werde.
Ich war mir nun im klaren, daß die Bs Willy da oben behandeln. Bald darauf wurde auch der Junge nach oben gebracht.
Ich hörte dann weiter den Gesprächen der Bs zu,die u.a. sagten, daß es sich gerade in der letzten Zeit gezeigt habe,daß soche Personen wie ich recht gefährlich werden könnten. Sie ließen auh ein Videoband laufen,auf dem die Personenbeschreibung einer Begleiterin des RA Haag aufgeeichnet war.
Nach etwa drei Stunden Wartezeit wurde ich von zwei Bs zur ED-"Behandlung" geführt; einer forderte mich auf meine Personalien anzugeben. Als ich schwieg, sagte er zu mir:"Ich würde an ihrer Stelle keine Schwierigkeiten machen, das nützt ihnen nichts; wir bekommen auch so was wi wollen - da brauchen sie keine Zicken zu machen!"
Als ich darauf sagte, daß ich ihre Methoden schon kenne und ich mich durch sie nicht einschüchtern ließe, sagten sie, daß mein Freund anfänglich auch solche Zicken gemacht hätte und sie seinen Widerstand auch gebrochen hätten. Als ich daraufhin wieder nichts sagte, fragte er mich noch einige Male.Ein anderer B. kam zum Zuge:"Gut, lassen wir das, fangen wir an." Er legte mir einen Kamm hin mit der Aufforderung, mich zu kämmen. Auf meine Weigerung sagte er:"Wenn sie das nicht tun, werden wir noch ein paar Leute zu unserer Unterstützung heraufholen, und einen Mediziner, der wird ihnen die Haare abschneiden, aber ich sage ihnen gleich, daß die Ärzte oft schlimmer sind als wir." Da ich von dieser Aufforderung unbeeindruckt blieb, fragte er mich:"Wenn ich sie mit ihre Freund sprechen lasse, machen Sie's dann?" und nahm den Telefonhörer ab. Ich nickte. Er gab mir den Hörer und nach einem kurzem Knacken konnte ich mit Willy sprechen, der mir sagte,daß die Bs ihn zusammengeschlagen häten und es nicht möglich sei, sich zu iderstzen.Dann wurde die Verbindung untrbrochen.(Später sagte mir ein B.,daß dieses Gespräch auf Tonband gesprochen worde war.) Ich verweigerte weiterhin meine freiwillige Teilnahme und verlangte Willy zu sehen.Daraufhin sagte einer zu mir: "Gut damit sie endlich sehen, daß ihre Zicken keinen Sinn haben". Ich wurde in den esten Stock gebracht, wo Willy saß; ich konnte an ihm deutliche Spuren der Schlägerei sehen(rote Augen infolge geplatzter Äderchen und zerrissene Kleidung) Danach wurde ich wieder in den 2. Stock zurückgebracht, wo mir von einem B. die Haare rund um den Scheitel und ein Büschel himter den Ohren abgeschnitten und etliche Haare herausgerissenwurden. Danach wurde eine Speichelprobe, das Vorzeigen und feststellen der Zähne sowieder Augenform und -farbe erlangt.Daraufhin wurde ich gewogen, gemessen, mir die Finger und Fußabdrücke abgenommen, fotografiert und beim laufen gefilmt (Bewegungsaufzeichnung auf Video)

Was sich bei Willy abspielte wird nachfolgend dokumentiert:
B.: Waschen sie ihre Hände, wir brauchen ihre Fingerabdrücke!
W.: (Schweigen)
B.: Sie sollen ihre Hände waschen!
W.: (regungsloses Schweigen)
B.: Na, wenn sie nicht wollen, nehmen wir sie in die Luft! Wir begreifen ihr verhalten als passiven Widerstand.Uns kommt keiner durch!

Einer der Bullen telefoniert unterdessen in die Zentrale und fordert Verstärkung an. Sekunden später treten 4 weitere uniformierte Bullen ein.

B.: Zeigen sie mir ihre Augen. - Ist das graugrün?
W.: Ich kneife die Augen zu und höre, wie er mit den Worten:"Na, was hat er denn für schöne Adleraugen" auf mich zuspringt mir mit 2 Fingern auf die Augen stößt und auf meine Augäpfel drückt. Bei dieser Gelegenheit werden offenbar erstmals alle 7 Bullen gegenmich tätlich. Sie reißen mir Arme und Beine auseinander, meinen Kopf an den Haaren in den Nacken,schlagen mir in Nacken, Magen , Milz und auch in die Leistengegend. Meine sinnlosen Hilfe- und Schmerzensschreie ersticken mit jedem weiterem Schlag.
-mein sogenannter passiver Widerstand war damit fürs erste gebrochen. Widerstandslos beugte ich mich dann dem Abnehmen der Finger- und Fußabdrücke,dem Fotografieren dem Abgeben einer Speichelprobe. Erst beim Messen und Wiegen verweigerte ich aufneue meine "freiwillige" Teilnahme. Sie warfen mich vom Stuhl,schleiften mich zur Waage, hievten mich an den Haaren die Wand hoch, traten ir gegen die Unterbeine, auf die Füße, schlugen mir auf den Rücken und ließen mich nach dennoch erzielten Meßwerten ein paar mal auf den Boden knallen. Sie hoben mich unter ständigem Schlagen hoch, um mich immer wieder auf den Boden zu schmettern - dann warfen sie mich auch noch einmal gegen die Wand. Sprech- und Schriftproben konnten, obwohl ich völlig fertig war erfolgreich verweigert werden. Nach dieser Tortur brachte man mich wieder ein Stockwerk tiefer, wo ich auf die letzte Behandlungsart warten mußte. Nach knapp 10 minuten forderten mich 2 Beamte auf,wieder mitzukommen. Als ich wieder in der 2. Etage war, fielen ir sofort die auf beiden Seiten des Ganges aufgestellten Scheinwerfer und Videokameras auf. Ich sollte nun den Gang auf und ablaufen, was ich jedoch zu verweigern versuchte Daraufhin sprang mir ein Ziviler ins Kreuz, so daß mir im ersten Moment die Luft wegblieb - mich aberdennoch fangen konnte, Als auch dies ohne Erfolg blieb, schleppten mich mal zwei, mal drei Bullen den Flur entlang. Die Zivilen rissen mir ohne erkennbare äußere Verletzungen, zwecks Begutachtung meines Gebißes den Ober- und Unterkiefer auseineder, traten mir gegen das Schienbein und zogen mich an den Haaren zur Kamera.
Damit war in Nürnberg die erste ED-Behandlung nach der neuen ländereinheitlichen Bundesrichtlinie vollzogen.Wir erwarten nun Anzeige wegen angeblichen passiven Widerstands.

●

[illegible]
[illegible]
67 Gs 7o5/77

Betrifft: [illegible] Willy und 3 andere [illegible]

Beschluß

[illegible]
1) [illegible]
a) [illegible]
b) [illegible]
c) [illegible]
2) [illegible] Initiative [illegible]
[illegible]

Gründe

[illegible]



INFORMACION
a.i.t
asociación internacional de los trabajadores

I.W.A.
I.A.A.
I.L.A.
A.I.L.
OCTUBRE 1977

Anarcho-Syndikalismus
aus POLITIKON nr.35 -ABF-archiv

MATERIALIEN ZUR SPANISCHEN REVOLUTION

In einigen Aufsätzen soll in diesem und in folgenden Heften auf den Beitrag eines vergessenen, bzw. totgeschwiegenen Zweiges der modernen Arbeiterbewegung zur sozialistischen Gestaltung unserer Gesellschaft eingegangen werden, auf den an Bakunin und eine eigene revolutionäre Tradition anknüpfenden spanischen Anarchosyndikalismus. Damit soll nicht gesagt werden, daß hier ein praktizierbares Programm für eine Erneuerung der Arbeiterbewegung fertig übernommen werden kann. Aber wir glauben, daß hier ein wichtiger Denkansatz vorliegt, der in der kritischen Auseinandersetuung mit den beiden heute vorherrschenden Richtungen in der Arbeiterbewegung – dem „revolutionären "Staatssozialismus und der parlamentarischen Politik der sog. Strukturreformen eine Hilfe sein kann. Beide Bewegungen haben ihre Ziele nicht erreicht. Aktivistische Arbeiter versuchen deshalb – insbesondere in Italien und Frankreich, aber auch in England in der Selbstorganisation auf der Basis der Betriebe mittels des Rätesystems neue Wege der Befreiung außerhalb des organisatorischen Rahmens der tradierten Parteien. Sie nehmen damit in wichtigen Teilen die Tradition Bakunin und der ersten Internationale aus den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wieder auf. Diese Tradition aber hat weiterexistiert im „Sozialanarchismus" – der einzigen theoretisch relevanten Richtung des Anarchismus – im Syndikalismus und Anarchosyndikalismus und ihre höchste geschichtliche Erscheinungsform in der libertären spanischen Arbeiterbewegung gefunden. Seine wesentlichen Gedanken sind die folgenden:

1. Der Staat ist seinen unaufhebbaren Wesen nach eine unterdrückende Institution und deshalb ein ungeeignetes Mittel sowohl der gesellschaftlichen Integration als auch im besonderen der Vergesellschaftung der Produktionsmittel.
2. Daraus folgt die Ablehnung der zentralistischen, auf die Eroberung der Staatsmacht ausgerichteten Partei als eines Instrumentes zur Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft.
3. Eine sozialistische Gesellschaft kann nur verwirklicht werden, wenn die Produktionsmittel von den Produzenten unmittelbar an der Basis übernommen und die Produktion und Verteilung von ihnen selbst organisiert wird. Das gesellschaftliche Ganze und seine Verwaltungsorgane werden dann gebildet, indem sich die Produzentengenossenschaften (Gewerkschaften) von der Basis her entsprechend den Grundsätzen des Föderalismus in Föderationen zusammenschließen und zwar in doppelter Weise: gleiche Industrien in Industrieföderationen (Industriegewerkschaften) und außerdem alle Industrien auf lokaler, regionaler und nationaler Basis in Konföderationen (Gewerkschaftsbund).
4. Eine solche tiefgreifende soziale Revolution ist aber an eine Reihe von Voraussetzungen gebunden. Sie setzt einen hohen Reifegrad der Massen voraus: klare Vorstellungen von dem erstrebten Ziel, den Mitteln seiner Verwirklichung und die Fähigkeit zu autonomen verantwortlichen Handeln. Dazu kommt eine neue Auffassung von der Rolle der Organisation. Diese darf nicht nur dem Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeiter unter den gegebenen Bedingungen angepaßt sein. Sie muß zugleich als Instrument für die künftige Neuordnung der Gesellschaft brauchbar sein. Sie ist also die Keimform der neuen Gesellschaft schon innerhalb der bestehenden alten. Bildungsfragen, die Entwicklung der Menschen zur Selbsttätigkeit durch die tägliche Praxis des Kampfes und das Organisationsprinzip haben deshalb eine entscheidende inhaltliche Bedeutung. Die durch Mao wieder betonte Kategorie der „Kulturrevolution", die von Korsch in „Marxismus und Philosophie" grundlegend behandelt wird, ist bei den Anarchosyndikalisten auch für die Vorbereitung der Revolution entscheidend wichtig.

Diese Ideen stehen zu jeder mechanischen Theorie des gesellschaftlichen Wandels in einem radikalen Gegensatz, insbesondere zu der von den Marxisten lange gebrauchten Formel, daß es „unwissenschaftlichem" Denken entspreche, wenn man sich von der erstrebten Gesellschaftsordnung konkrete Vorstellungen mache. Klare Vorstellungen vom Ziel, subjektiver Wille und die Vorbereitung eines organisatorischen Instruments sind vielmehr unabdingbare Voraussetzungen des Erfolges. Mit einem authentischen Marxismus sind sie jedoch vereinbar. Auch Marx wies auf die eben erwähnte Doppelrolle der Gewerkschaften hin (Genfer Gewerkschaftsresolution und Erwägungsgründe) und betonte, daß die neue Gesellschaft sich innerhalb der alten entwickeln müsse. Diesem Gedanken versuchte der Anarchosyndikalismus konkrete, aktivistische Gestalt zu geben. Die hier in knappster Form entwickelten Ideen für eine revolutionäre Praxis sind im wesentlichen schon von Bakunin ausgesprochen. Sie faßten insbesondere Fuß in der spanischen Arbeiterbewegung deren authentische Entwicklung schon vorher in der gleichen Richtung verlief. Als Beispiel dafür sei ein Aufsatz zitiert, der 1854 in der Madrider Zeitung „Echo der Arbeiterklasse" erschien. Dort heißt es: „Wenn in jedem Ort diese Assoziationen gebildet sind, werden sie nach dem allgemeinen Stimmrecht ihre Leitungskomitees wählen (Juntas). Die Vorsitzenden dieser Räte schließen sich im Rahmen der Gemeinde zusammen und behandeln die Angelegenheiten des gemeinsamen Interesses (die spätere Föderation der Gewerkschaften Übs.) Darüber hinaus wird dieses Gremium aus den Vorsitzenden der verschiedenen Gewerkschaften sich mit den gleichen Gremien der anderen Orte in Verbindung setzen. Sie bilden den Rat der Provinz. Die Räte der Provinz bilden ein Nationalkomitee, das die allgemeinen Interessen der Klasse vertritt".

In diesem Heft soll zunächst ein Ausschnitt aus einem Seminarreferat abgedruckt werden, in dem das Organisationskonzept der spanischen Syndikalisten vor der Revolution dargestellt wird. Dann sollen weitere Materialien über die Wirtschaftspolitik der CNT in der Revolution folgen.

Erich Gerlach

P. S. Dem Vorwort von Erich Gerlach ist noch hinzuzufügen, daß wir mit dem Abdruck dieses Artikels den wüsten Legendenbildungen und bewußten Lügen über die anarcho-syndikalistische und revolutionär-syndikalistische spanische Arbeiterbewegung namentlich von offizieller KP-Seite und ebenso von neoleninistischer Seite entgegenwirken wollen. Dies geschieht insbesondere im Hinblick auf die angekündigte Kampagne des VDS für „eine demokratische Revolution" in Spanien.

Um den Organisatiosplan der CNT von Juan Peiro in den historischen Zusammenhang zu stellen, bringen wir aus dem genannten Referat, das von Brigitte Hasper, Jens Reißmann und Roland Schäfer verfaßt wurde, die Darstellung der politischen und organisatorischen Geschichte der CNT von 1930 – 1936.

Die Programmdiskussion auf dem Kongreß in SARAGOSSA vom Mai 1936 wurde ausgelassen, da sie im wesentlichen den Organisationsplan von Peiro bestätigt, im übrigen aber ein außerordentlich idyllisches und naives Bild des libertären Kommunismus entwirft.

Der unter dem Diktator Primo de Rivera eingeleitete wirtschaftliche Aufschwung stärkte naturgemäß wieder die spanische Arbeiterbewegung. Als unter dem Druck der Arbeiter, Intellektuellen und Mittelschichten Rivera im Januar 1930 abdanken mußte, konnte die CNT wieder



1. Un manifestant, dont on pourrait difficilement dire qu'il a froid aux yeux, aux prises avec des policiers dans une rue de Barcelone.

an ihre legale, massenhafte Tätigkeit von 1923 anknüpfen.

Der Mitgliederstamm der CNT betrug 1931 schon wieder über 500 000, 1936 auf dem Einigungskongreß in Saragossa waren 1 Million Arbeiter und Bauern in der CNT vertreten, die Mitgliederzahl der Geheimorganisation FAI lag zwischen 1934 und 1936 bei ungefähr 10 000.[1]

Der durch die harten Unterdrückungsmaßnahmen Riveras gegen verschiedene Gruppen bzw. durch unbeliebte „Reformen" erzeugte Gegendruck (Die Polizei ist der beste Aufwiegler der Anarchisten.") vergrößerte auch die bürgerlichen, rein republikanischen Bewegungen. König Alfons XIII. mußte so erst seinen Diktator entlassen und dann, durch das eindeutig pro-republikanische Votum bei den Gemeindewahlen im April 1931 gezwungen, auch seinen Thron verlassen. Die zweite spanische Republik (nach der von 1873 unter Margall) wurde im Dezember 1931 proklamiert.

Nachdem die CNT jetzt wieder völlig legal und ungehindert sich betätigen konnte, begann sie in den Jahren nach 1931 durch gewaltsame Aktionen, Generalstreiks und der partiellen Proklamierung des freiheitlichen Kommunismus sowohl auf dem Lande als auch in den Betrieben die soziale Revolution vorzubereiten. Eine der ersten dieser Aktionen fand im Januar 1932 im oberen Llobregat-Tal (nördlich von Barcelona), besonders in den Kleinstädten Manresa und Berga statt. In beiden Städten wurden die örtlichen Behörden entmachtet und durch einen Gewerkschaftsrat ersetzt. Landgüter wurden von der Landarbeitergewerkschaft verwaltet. Geld und Polizei abgeschafft. Doch blieb diese Bewegung, wie so viele spätere auch, örtlich begrenzt und wurde nach fünf Tagen von Regierung und Militär brutal niedergeschlagen. Eine große Verfolgungsaktion gegen CNT-Anarchisten setzte ein. Die hinlänglich bekannten Ascaso und Durutti wurden mit vielen anderen in eine afrikanische Strafkolonie verfrachtet.

Wurden so „positive" Versuche zur Einrichtung einer selbst sich verwaltenden Gesellschaft gewaltsam unterdrückt, so nahm die Regierung in Madrid die Hilfe der disziplinierten Anarchisten gerne an, als im August 1932 in Sevilla der monarchistische **General Sanjurjo** einen Militärputsch versuchte. Die CNT antwortete mit der Ausrufung des Generalstreiks, im Kampf „für die Grundfreiheiten".[2] Der Putsch scheiterte.

Im Zusammenhang einer geplanten großen Erhebung in Katalonien sollten Anfang 1933 solidarische Bauernaufstände auch in Andalusien gemacht werden. Während allerdings in Barcelona die Bewegung schnell zusammenbrach, drängte der naive bäuerliche Kommunalismus in den verarmten Landgebieten zur sozialen Revolution sofort. Die völlig ungenügende Agrarreform vom September 1932 hatte nichts an ihrem Status als Abhängige von großen Landbesitzern geändert. Auf dem Besitz eines vermögenden Herzogs, von Medina Sidonia, im armen Andalusien, nahe Jerez, lag das Dorf Casas Viejas. Hier proklamierte am 9. Januar 1933 der alte Anarchistenbauer Curro Cruz, bekannt als „Seisdedos" (sechs Finger), zusammen mit seiner Familie und einigen Genossen (dem örtlichen CNT-Syndikat) die freie Kommune und entwaffnete sogleich die vier Dorfpolizisten. Die höhere Obrigkeit reagierte von Stund auf Stunde mit ihrem Militär: der Auf-

stand wurde gewaltsam unterdrückt. Seisdedos und dreißig seiner Genossen erschossen.

Das Vorgehen der republikanischen Regierung gegen Seisdedos und Genossen führte zu einem Entrüstungssturm, nicht nur unter den Arbeitern und Bauern, und zu einer schweren Regierungskrise. Die Politik der Wahlenthaltung (FAI: „Soziale Revolution nicht Wahlurnen"), d. h. die negative Bekämpfung aller „schmutzigen Politik", wurde durch diese Handlungsweise einer liberalen Regierung scheinbar bestätigt. Schätzungsweise die Hälfte des spanischen Proletariats nahm an den Wahlen vom November 1933 nicht teil.[3] Die Wahl endete mit einem klaren Sieg rechter (katholischer bzw. großbürgerlicher) Parteien.

Anfang 1934 organisierte die CNT erneut einen Aufstand in Saragossa (Aragon). Barrikaden wurden in der Stadt errichtet, öffentliche Gebäude gestürmt, Polizei und Militär entwaffnet. In einigen Kleinstädten wurde erneut versucht, eine freiheitlich-kommunistische Wirtschaftsweise durchzuführen. Die Unternehmer wurden durch eine Kollektivleitung in Zusammenarbeit mit den Syndikaten ersetzt. Freiwillig auf ihre angestammten Rechte verzichtende Unternehmer wurden als Fachberater weiter beschäftigt. Trotz solidarischer Generalstreiks überall brach auch dieser Aufstand unter dem Ansturm des Militärs zusamenm. 67 Anarchisten wurden erschossen. Einen gewissen Erfolg gab es beim gerichtlichen Nachspiel der Aktion: die Prozeßakten wurden von anarchistischen Genossen vernichtet, der Prozeß fand nicht statt.

Im Oktober 1934 kam es noch einmal zu größeren Erhebungen. In Madrid hatte (inzwischen auf fast gleiche Größe wie die CNT angewachsene) sozialdemokratische Gewerkschaft UGT zu einem Aufstand gegen sich verstärkende Tendenzen zu einem faschistischen Putsch aufgerufen. Die angestrebte Zusammenarbeit mit der CNT scheiterte aber wegen der Doppelzüngigkeit und mangelnden Entschlossenheit der UGT. Der Aufstand brach, ebenso wie ein anderer in Barcelona zur gleichen Zeit, zusammen.



Besser klappte die Zusammenarbeit bei dem gleichzeitig organisierten Bergarbeiteraufstand in Asturien. Dort waren einerseits die UGT-Leute radikaler als ihre Genossen in Madrid, andererseits stand die örtliche CNT den Treintistas bzw. den „Oppositionsgewerkschaften" näher. Beide Organisationen bildeten hier die proletarische Kampfbrüderschaft UHP („Union de Hermanos Proletarios"), aus 40000 UGT- und 30000 CNT-Mitgliedern. Gemeinsam erstrebte man eine föderalistisch-sozialistische Gesellschaftsordnung. Die UGT verzichtete ausdrücklich auf jedes Paktieren mit bürgerlichen Parteien.

Am 1. Oktober 1934 begann die UHP in Asturien ihre Aktionen. Die völlig überraschten Behörden wurden schnell entmachtet, fast die gesamte Provinz geriet binnen kurzer Zeit in die Hände der Aufständischen. Revolutionskomitees nahmen die Verwaltung in die eigenen Hände, Waffen und Munition wurden für den revolutionären Abwehrkampf beschlagnahmt. Ein Sozialismus von unten wurde in den Betrieben durchgeführt, die Arbeitsleistung im eigenen Interesse wurde erheblich gesteigert. Die Versorgung und Verwaltung wurde dem proletarischen Bedarf entsprechend kollektiv und demokratisch geregelt. Teilweise wurde auch hier das Geld abgeschafft.

Insgesamt war der asturische Bergarbeiteraufstand der bestorganisierte und standhafteste dieser Jahre. Er antizipierte schon viele Formen des Kampfes aus dem Bürgerkrieg. Aber auch er wurde brutal mit Hilfe der afrikanischen Fremdenlegion (Franco war erstmals beteiligt!) bis zum 18. Oktober unterdrückt. Es gab 3000 Tote und 7000 Verwundete auf der Seite der Arbeiter.

Die nach den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise verschärfte wirtschaftliche Lage Spaniens, die zahlreichen Aufstände und ihre gnadenlose Zerschlagung sowie starke faschistische Tendenzen stellten eine allgemeine Radikalisierung der polit-ökonomischen Kämpfe dar. Neben 1 Million Arbeitsloser gab es von 1933 – 1935 3000 Verhaftete, davon ²/₃ Anarchosyndikalisten.[4]

Der eklatante Mißerfolg der Linken bei den Wahlen von 1933 und die vielen gescheiterten Aufstände, gerade auch in der katalonischen Hochburg der radikalen FAI, sorgten für einen größeren Einfluß der gemäßigteren CNT-Männer, wie der Treintistas um Peiro. Zwar beteiligte sich die CNT nicht an der linken Volksfront vom Februar 1936, doch unterstutzte sie deren Forderung nach Generalamnestie für alle politisch Inhaftierten und rief ihre Anhänger nicht mehr wie noch 1933 zum aktiven Wahlboykott auf. Der Erfolg der Linksparteien war überwältigend, der folgende Aufschwung der Arbeiterbewegung ungeheuer. Am 1. Mai veranstaltete die CNT einen Kongreß in Saragossa, Peiro und die Treintistas kehrten endgültig in die anarchistische Gewerkschaft zurück. Die Vertreter von 1 Million Arbeiter und Bauern befanden sich in einer revolutionären Hochstimmung. Schon damals plante man auch die Einrichtung von revolutionären Abwehrgruppen gegen den Faschismus.

Die verschärfte Lage der Klassenkämpfe in Spanien 1936 drängte nach einer Lösung, die nicht von vornherein ausgemacht war hinsichtlich ihrer möglichen Richtung.

Zwar „ . . . stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet, wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind."[5] Aber „damit jedoch überhaupt etwas in voll entwickelter Form entsteht, muß es sich rechtzeitig zu entwickeln beginnen."[6]

Diesen Beginn hatten die spanischen Anarchosyndikalisten, besonders seit 1931, in ihrer Praxis gemacht. „Die Führer dieser Bewegung waren sich des Erfolges ihres Unternehmens nicht ganz sicher. Sie rechneten sogar mit der Moglichkeit der Niederlage. Es war ihnen hauptsächlich darum zu tun, durch immer neue Versuche Erfahrungen zu sammeln, die es ermöglichen würden, bei einem ganz großen und endgültigen Schlage doch zum Ziele zu kommen."[7]

Der Schlag war am 18. Juli 1936 fällig: Die Armee unter General Franco putschte.

FRAGEN DER ORGANISATION IN DER CNT

Organisationsfragen haben für die anarchosyndikalistische Arbeiterbewegung schon immer eine doppelte Funktion gehabt: die Organisation sollte Mittel des sozialen Kampfes gegen die Bourgeoisie sein und zugleich als Instrument der Reorganisation der Gesellschaft nach erfolgter Revolution dienen. So haben weitreichende Organisationsmodelle in der CNT eine für Anarchisten sonst wohl nicht alltägliche Hochschätzung erfahren. Auch innerhalb der CNT gab es in diesen Fragen beträchtliche Gegensätze, die wesentlich auf die bereits erwähnten verschiedenen Strömungen des 19. Jahrhunderts in der libertären Arbeiterbewegung Spaniens zurückgehen.

Die syndikalistische Richtung in der CNT, zurückgehend auf den bakunistischen Kollektivismus, erkannte die Notwendigkeit, der zunehmenden Konzentration des Kapitals eine proletarische Massenbewegung mit entsprechender Organisation entgegenzustellen. Die Schaffung zentraler Instanzen (von unten nach oben) zur Koordinierung von Wirtschaft und Verwaltung sollte Aufgabe der Gewerkschaften (CNT) und der Kommunen sein. Es wurden konkrete Vorstellungen über die gewerkschaftlichen Aktivitäten unter der Bourgeoisie-Herrschaft, über die Durchführung der Sozialrevolution durch Generalstreik und über die Übernahme von Wirtschaft und Verwaltung durch die CNT entwickelt. Auch waren die Syndikalisten so realistisch, eine Übergangszeit nach der Revolution vorzubereiten, in der ein Entlohnungssystem nach geleisteten Arbeitsstunden vorzusehen war. Nicht Staatseigentum sondern Kollektiveigentum wurde gefordert; Arbeiterkollektive sollten die Betriebe leiten und kontrollieren. Eine Gewerkschaftskasse sollte Ausgleichszahlungen vornehmen. Weitere Forderungen waren: Mindestlöhne, öffentliche Gesundheitsfürsorge, technische Schulungen für Arbeiter, moderne öffentliche Erziehung (z. B. nach den Vorstellungen FERRERS), Abschaffung der Zensur usw. Ausführlicher werden diese Überlegungen und Ideen in den praktischen Maßnahmen der Kollektivierung und Arbeiterselbstverwaltung zum Ausdruck kommen (nach 1936).

Wiederholt wurden auf Kongressen der CNT Fragen der Organisationsform der Gewerkschaften und in Zusammenhang damit auch der Gesellschaft diskutiert. Auf einige der dabei entwickelten Organisationsmodelle soll nun näher eingegangen werden.

1. Bereits 1918 auf dem Regionalkongreß in SANS wurde die Bildung von Industriegewerkschaften (= Einheitsgewerkschaften einzelner Industriezweige) beschlossen. Das Regionalkomitee schlug insgesamt 13 „Industrieföderationen" vor (z. B. für Metall, Bau, Textil, Nahrung usw.)

2. Der Nationalkongreß von MADRID 1919 lehnte die Bildung nationaler Industriegewerkschaften zwar ab, es wurde aber eingesehen, daß die alten Berufsverbände (Federaciones Nacionales de Oficio) nicht mehr die geeignete Organisationsform der CNT sind. Man beschloß, in den großeren Orten Einheitsgewerkschaften für einzelne Industriezweige einzurichten, die in einer lokalen Gewerkschaftsföderation zusammengefaßt sind. (= Sindicatos Unicos de Ramos e Industria) In den kleineren Orten sollte es dagegen nur eine Gewerkschaft geben. Die Föderation erfolgt hier auf der Ebene eines größeren Gebietes (Federacion Comercial). Weitere Zusammenfassungen sind dann die regionale Föderation und die nationale Konföderation.

Durch diesen Beschluß sollte eine bessere Planung und Koordination, eine bessere Zusammenarbeit aller Betriebe eines Wirtschaftszweiges in einem Gebiet durch die Gewerkschaft gesichert werden.

ORGANISATIONSPLAN DER CNT VON JUAN PEIRO, ANGENOMMEN AUF DEM KONGRESS VON MADRID 1931

Erst 1931 auf dem Kongreß von MADRID wurde die Weiterentwicklung der Sindicatos Unicos von 1919 zu nationalen industriellen Einheitsgewerkschaften beschlossen. Die einzelnen Industriezweige sollten nun gewerkschaftlich auch auf nationaler Ebene zusammengefaßt werden. J. PEIRO legte einen bis in die Einzelheiten ausgearbeiteten Plan zur „Reorganisation der CNT" vor, der aber erst 1937 verwirklicht wurde.

Dieser Plan verdeutlicht noch einmal die Aufgabe, die eine Organisation für die Anarchosyndikalisten haben soll. Sie dient der Vorbereitung auf die zu verwirklichenden Ziele, und zwar durch soziale Kampfaktionen und durch Bildungs- und Schulungsarbeit: So sollen die Massen zur Selbsttätigkeit befähigt werden, sie sollen aus Kenntnis der Sache heraus lernen, autonom (ohne „Führer") und spontan richtig zu handeln.

Die neue Organisationsform ermöglicht eine wirksamere Durchführung der wirtschaftlichen Kämpfe gegen das konzentrierte und organisierte Kapital und ist zudem ein gutes Instrument der Leitung der Gesellschaft, die das Kapital ersetzen soll, d. h. sie ist die Basis der künftigen Organisation der Gesellschaft. In diesem Organisationsplan „wird die Selbständigkeit der einzelnen Gliederungen, die das Ganze der gewerkschaftlichen Maschinerie bilden, nicht zerstört, sondern alle Teile arbeiten in einem System gegenseitiger Interdependenz zusammen, dessen Basis die Selbstdisziplin ist." (J. PEIRO)

Der Organisationsplan sieht also eine Verbindung der verschiedenen Sonderinteressen und des Allgemeininteresses der proletarischen Klasse vor.

„Die föderalistische Idee, die tief in unserem Denken verwurzelt ist, erfordert eine strenge Unterscheidung der verschiedenen Interessen. Das Allgemeininteresse der Organisationen unterscheidet sich von den Sonderinteressen eines Teiles der Organisation genauso, wie innerhalb dieses Teiles ihrerseits wieder Sonderinteressen und Allgemeininteresse bestehen." (J. PEIRO)

Die neue Industriegewerkschaft faßt alle Arbeiter einer bestimmten Industrie unabhängig von ihren beruflichen Spezialisierungen zusammen, d. h. ihr gehören verschiedene Berufsgruppen an, die jeweils eine autonome Sektion innerhalb der Industriegewerkschaft bilden, über ihre besonderen technisch-beruflichen Interessen selbst entscheiden und einen eigenen Rat („Junta Tecnica") haben. Jede Sektion kann alle sie betreffenden Fragen mit der entsprechenden Unternehmergruppe autonom regeln, sie muß aber das Generalkomitee der Industriegewerkschaft verständigen und darf nicht gegen die Interessen anderer Sektionen oder das gewerkschaftliche Allgemeininteresse verstoßen. Auch darf die Sektion von sich aus keinen Streik ausrufen; dazu wird von der gewerkschaftl. Generalversammlung ein Streikkomitee gebildet.

Die Industriegewerkschaft ist also nichts anderes als eine Föderation von Berufsgruppen in einer bestimmten Industrie. Sie ist das Organ der allg. Verwaltung dieser Sektionen, harmonisiert deren Beziehungen und stellt die Verbindung mit den gleichen Arbeitergruppen des ganzen Landes her. Die Vertretung nach außen erfolgt durch das Generalkomitee.

An der Basis dieser Organisation befinden sich die Fabrik- und Werkstattkomitees. Jeder Betrieb bildet ein Komitee, in dem jede im Betrieb beschäftigte Berufsgruppe durch Delegierte vertreten ist. Dieses Komitee löst Konflikte im Betrieb und ermöglicht der Gewerkschaft eine Kontrolle der Produktion. Die Arbeiter werden zur Übernahme der Betriebe ausgebildet. Die Komitees sollen nach der Revolution die Leitung der Betriebe übernehmen, deshalb müssen auch die technischen und wirtschaftlichen Fachleute in den Komitees vertreten sein; sie sollen zu Mitkämpfern in den Reihen des Proletariats gemacht werden.

In diesem Zusammenhang sollen die Distrikt- oder Stadtkomitees eine Erweiterung ihrer Aufgaben erhalten. Sie fassen die Arbeitermassen bestimmter Stadtteile zusammen und ermöglichen eine bessere Information der Bevölkerung über Beschlüsse des Generalkomitees und besonders über bevorstehende Aktionen. Mittels dieses Komitees sind die Arbeiter eines Stadtteiles ständig in Verbindung untereinander und mit der Gewerkschaft, mit der sie sonst nur anläßlich der Sektions- oder Gewerkschaftsversammlungen Kontakt haben. Diese Komitees informieren das Generalkomi-

tee über die Stimmung der Massen, zudem stellen sie die Verbindung zwischen den Fabrikkomitees ihres Distriktes und dem Generalkomitee her.

Die Industriegewerkschaften selbst sind in der nationalen Industrieföderation zusammengefaßt. Diese hat die Aufgabe, die wirtschaftlichen Aktionen, technische und berufliche Auseinandersetzungen (soweit sie von Allgemeininteresse sind) zu koordinieren. Sie erstellt außerdem Statistiken über die Entwicklung der Industrie in bezug auf die Herkunft und Kosten der Rohstoffe, Arbeitskosten, Kapitalistengewinne, Absatzgebiete usw.

Die Gewerkschaften und die Nationale Industrieföderation werden nach durchgeführter Sozialrevolution die Wirtschaft reorganisieren. Die Fabrikkomitees bemächtigen sich in der Revolution der Betriebe und setzen sie in eigener Regie wieder in Gang. Das Generalkomitee organisiert die gegenseitige Hilfe zwischen den Betrieben und steht in Beziehung zu den anderen Gewerkschaften. Die Nat. Industrieföderation wird das Lenkungsorgan für die Industrie in bezug auf die Gesamtwirtschaft. So wird die CNT zum Fundament für den ökonomischen Apparat der Zukunft.

Neben der organisatorischen Vereinigung auf wirtschaftlichem Sektor in Form der neuzuschaffenden Industriegewerkschaften anstelle der alten Berufsvereine soll die bereits bestehende „geographische" Vereinigung (lokal, regional usw.) weiter ausgebaut werden.

Die lokale Föderation der Gewerkschaften ist die klassische Organisationsform der CNT, in der jetzt nur an die Stelle der zahlreichen kleinen lokalen Berufsgewerkschaften die lokalen Industriegewerkschaften getreten sind. Die lokale Föderation soll Verbindungszentrum für die Gewerkschaften eines Ortes sein. Sie kann durch Untersuchungsarbeiten die ökonomischen und geographischen Ursachen der Unterschiede zwischen einzelnen Regionen feststellen und an die Komitees der höheren Ebenen weiterleiten. Hierfür sollen die Komitees der lokalen Föderation Spezialkommisionen bilden. Zu untersuchende Probleme sind u. a.: der Entwicklungsstand von Industrie und Landwirtschaft, die durchschnittlichen Löhne in den Berufsgruppen, die Lebenshaltungskosten, der Bildungsstand usw.

Die regionale Konföderation hat dieselben Funktionen, nur auf ein größeres Gebiet bezogen. In ihren leitenden Komitees müssen alle Provinzen der Region vertreten sein. Auch hier werden Fachkommission gebildet.

Die nationale Konföderation hat dieselben Aufgaben auf nationaler Ebene. Das Nationalkomitee soll aus mindestens 13 Mitgliedern bestehen, die Kommissionen bilden für innere Angelegenheiten, internationale Angelegenheiten, Wirtschaft und Arbeit, Organisation, Propaganda und Verwaltung. Diese Kommissionen arbeiten autonom. Im Plenum des Nationalkomitees sind außerdem je 1 Delegierter der regionalen Konföderationen vertreten.

Die nationale Konföderation bildet einen Wirtschaftsrat, der die Verbindung mit den neuen nationalen Industriegewerkschaften herstellt. Der Wirtschaftsrat leistet Untersuchungsarbeit, um Mittel zum gemeinsamen Widersand gegen das kapitalistische System zu finden und die gewerkschaftliche Organisation des Proletariats weiter auszubauen. Möglichkeiten der Eroberung der Leitung der Produktion und der Volkswirtschaft durch die gewerkschaftliche Organisation müssen gefunden werden. Die einzelnen Industriegewerkschaften sollen sich in diesen Fällen den Beschlüssen des Wirtschaftsrates unterordnen.

Der PEIRO-Plan für die Organisation der CNT sieht also

a) die Vereinigung zu einzelnen Industriezweigen vor und

b) die Zusammenschlüsse der örtlichen Syndikatsvereinigungen.

Diese Zweiteilung in nationale und regionale Konföderation und lokale Föderation einerseits und in nationale Industriegewerkschaften, Sektionen und Fabrikkomitees andererseits erscheint bei PEIRO als der Versuch, die Prinzipien des Föderalismus mit den Erfordernissen einer modernen Industriegesellschaft in Einklang zu bringen. Der soziale Kampf gegen die Bourgeoisie erfordert eine enge Verbindung der proletarischen Massen mit der gewerkschaftlichen Führung, insbesondere bei der Vorbereitung und Durchführung größerer Streikaktionen. Der PEIRO-Plan schafft nicht nur die Grundlage einer größeren Solidarität der Arbeiter in den einzelnen Orten, Betrieben und Wirtschaftszweigen, er garantiert die enge Beziehung der gewerkschaftlichen Führung zur Basis. Er bietet zudem die Möglichkeit der ökonomischen Reorganisation nach erfolgter Revolution. Hier ist auf der Grundlage des Föderalismus ein Modell entwickelt worden, das zumindest in technisch-ökonomischer Hinsicht den bestehenden Staat ersetzen kann. Für die übrigen Aufgaben der allgemeinen Verwaltung usw. würde dann die Zusammenarbeit mit einer noch zu schaffenden Konföderation der Kommunen erforderlich sein.

WIRTSCHAFTLICHE KONSTRUKTIONSSKIZZE VON DIEGO ABAD DE SANTILLAN

(„El gorganismo economico de la Revolucion", 1936)

SANTILLAN (Mitglied der FAI!) bezeichnet den Organisationsplan des „Syndikalisten" PEIRO von 1931 als einen Vorläufer seines eigenen Planes, ohne PEIRO namentlich zu nennen. SANTILLANS Auffassungen von der wirtschaftlichen Problematik zeigen außerdem den Einfluß einer Schrift von GASTON LEVAL („Die wirtschaftlichen Probleme der spanischen Revolution", 1931) und von Berichten der Kongresse der I. Internationale.

SANTILLAN wendet sich gegen die in der CNT vorherrschende Diskussion abstrakter Fragen und weist auf die konkreten Probleme der modernen Wirtschaft hin, die mit der enormen Entwicklung der Industrie aufgetreten sind. Eine Rückkehr zu urtümlichen und primitiven Produktionsformen ist unmöglich. Die Wirtschaft ist global geworden, d. h. wirtschaftlicher Partikularismus und Lokalpatriotismus, die Idylle der „freien Kommune" und andere anarchokommunistische Vorstellungen gehören ins Altertumsmuseum.

a) Kommune

Die Kommunen müssen verbunden und zusammengeschlossen sein, d. h. sie müssen in den gesamten wirtschaftlichen Zusammenhang des Landes und anderer Länder der Revolution eingegliedert sein. Der Zusammenhang aller produktiven und distributiven Kräfte muß hergestellt werden. Das Privateigentum des einzelnen darf nicht durch das Privateigentum der Kommune abgelöst werden. Die Produktionsmittel sind das Werk aller und müssen allen dienen, nicht nur den Mitgliedern der jeweiligen Kommune. Statt „freier Kommunen" sollen sozialistische Produktionseinheiten („collectividades"-Kollektive) gebildet werden, deren Autonomie entsprechend eingeschränkt ist.

b) Bundeswirtschaftsrat

Der Wirtschaftsrat hat die Aufgabe der Koordination und Planung, der wirtschaftlichen Regulation. Er stellt keine politische Macht, keinen etatistischen und bürokratistischen Apparat dar. Die Direktiven erhält der Bundesrat von Basisorganen, den Fabriksräten, die zusammengeschlossen sind, a) in Gewerkschaftsräten der einzelnen Industriezweige (= ökonomisch-berufliche Organisation) und b) in lokalen Wirtschaftsräten (= administrative-lokale Organisation).

Die Basisorgane schicken Statistiken ein, und so erhält der Bundesrat einen Überblick über den Stand der Produktion. Er kann Mängel feststellen, bestimmen, wo neue Industrien und Anpflanzungen notwendig sind, die Suche nach neuen Arbeitsmethoden und Techniken anregen und für eine gerechte Verteilung der Produkte und des Arbeitslohnes je nach Gegend und Industriezweig sorgen. „Die Polizei wird überflüssig, wenn Zahlen und Statistiken die höchste Autorität bilden." (SANTILLAN)

Nicht alle bestehenden Institutionen sollen gleich beseitigt werden, sie müssen nur umgeformt werden. Das Banken- und Geldsystem als provisorisches Mittel zum Tausch dient dazu, das soziale Leben in Bewegung zu halten und so erst die Wege zu ebnen für eine neue Wirtschaftsform ohne Geld.

„Eine sozialisierte, richtungsweisend geplante Wirtschaft ist unumgänglich und hilft der Evolution in der modernen Wirtschaftswelt." (SANTILLAN) ●



Gründungserklärung der initiative für eine FREIE ARBEITER UNION

Seit sich Anfang 1977 einige Genossen organisatorisch zusammengetan haben um eine anarcho-syndikalistische Organisation aufzubauen, sind in der libertären Szene Gerüchte über den Charakter der neuen Organisation entstanden, die zum Teil auf Mißverständnissen beruhen. Wir halten es daher für angebracht, unsere Motive und Ziele offenzulegen und zu erklären, warum wir es für notwendig halten, heute mit dem Aufbau einer syndikalistischen Organisation zu beginnen.

1) Die Situation des libertären Lagers in der BRD ist gekennzeichnet durch Desorganisiertheit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit der kleinen Gruppen und Einzelpersonen. Die Kontakte zwischen den einzelnen Gruppen laufen mehr oder weniger zufällig, so daß eine kontinuierliche überregionale Zusammenarbeit weder in Bezug auf gemeinsame Arbeitsbereiche noch in Bezug auf gemeinsame Kampagnen gewährleistet ist. Auch kommt keine Diskussion darüber zustande, was anarchistische Politik in der gegenwärtigen Situation bedeutet, bzw. bedeuten könnte und sollte. Dies hat dazu geführt, daß die anarchistische Bewegung in den letzten Jahren praktisch auf der Stelle getreten ist. Eine Aktualisierung der anarchistischen Theorie wurde genausowenig geleistet wie die Entwicklung einer auch nur mittelfristigen Strategie. So kam es, daß viele Sympatisanten und auch eine Menge bewußter und zuverlässiger Genossen sich aus der Bewegung zurückgezogen haben. Viele Genossen arbeiten ohne eine klare Perspektive in den verschiedenen Basisgruppen, was auf die Dauer unweigerlich zu Reformismus führt. Andere orientieren sich an den bestehenden Strukturen nicht-anarchistischer Organisationen - etwa Sozialistisches Büro oder informelle Sponti-Strukturen -, was auf die Dauer zur Stärkung von sozialistischen Strömungen führt, die nicht eine anarchistische Gesellschaft anstreben. So ist die libertäre Strömung heute in der Linken und in der Gesellschaft schwächer, als auf Grund ihrer potentiellen Anhängerschaft notwendig.

2) Herstellen eines Diskussionszusammenhangs

In dieser Situation halten wir es für unbedingt erforderlich, einen organisatorischen Rahmen zu schaffen, der eine kontinuierliche überregionale Diskussion innerhalb der libertären Linken gewährleistet. Ziel ist dabei die Klärung theoretischer und praktischer Probleme, die sich aus der anarchosyndikalistischen Tätigkeit heute in der BRD ergeben. Was bedeutet Anarcho-Syndikalismus heute? Warum hat sich der Anarcho-Syndikalismus bisher historisch nicht durchsetzen können? Welche Elemente des traditionellen Anarcho-Syndikalismus können wir übernehmen, welche nicht? Welches sind die täglichen Erfahrungen jedes Einzelnen bei der Arbeit im Betrieb, in Basis-Gruppen, in der Gewerkschaft, bei der Propaganda? Ausgehend vom Austausch praktischer Erfahrungen wird das eigene Verhalten und die eigene Praxis in dem Diskussionsprozeß überprüft und einer solidarischen Kritik unterzogen. Durch eine solche ständige gegenseitige Diskussion und Kontrolle der Praxis der einzelnen Gruppen und Individuen kann allmählich eine Perspektive erarbeitet werden. Eine gemeinsame einheitliche Praxis und Vorgehensweise in den Betrieben und Basisgruppen kann so entwickelt werden, was zu einer Stärkung der libertären Tendenz in den Basisgruppen führt. Die beiden Punkte, die sozusagen als Klammer eine solidarische und fruchtbare Diskussion ermöglichen, sind die gemeinsame Erfahrung der Ausbeutung einerseits, und das gemeinsame Ziel einer ausbeutungsfreien und herrschaftsfreien Gesellschaft andererseits.

Um einen solchen Diskussionsprozeß, d.h. konkret Arbeitstreffen, Schulungsseminare, Konferrenzen, zu organisieren, ist eine Struktur von verbindlich arbeitenden Genossen mit für bestimmte Aufgaben verantwortlichen Sekretären, die von der Organisation kontrolliert werden, notwendig. Das Herstellen eines solchen Diskussionszusammenhangs der heute voneinander isolierten Anarchosyndikalisten und libertären Sozialisten ist die unmittelbare jetzige Funktion unserer Initiative zum Wiederaufbau der Freien Arbeiter-Union in Deutschland.

3) Schwerpunkt ökonomischer Bereich (Betriebsarbeit)

Die Organisierung der Diskussion darf jedoch nicht Selbstzweck sein, sondern muß zu einer Organisierung der Praxis führen. Wir wollen kein Diskussions-Club werden, sondern eine wirtschaftliche (gewerkschaftliche) Kampforganisation. Da die Macht und Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, in der täglichen Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung begründet ist, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt um einen antikapitalistischen Widerstand zu organisieren. Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an der Wurzel. Der erste Schritt zu einer wirksamen praxisbezogenen Organisierung anarchosyndikalistischer Betriebsarbeit ist der Zusammenschluß libertärer Genossen, die in den Betrieben arbeiten. Die Initiative zum Wiederaufbau der FAU(D) ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht der Versuch irgendwelche Massen zu organisieren, sondern der Anfang uns selbst zu organisieren. Dabei versuchen wir, wo es möglich ist, der Organisation eine industrielle Struktur zu geben, d.h. Zusammenschluß der Genossen in den gleichen Betrieben/Konzernen/Industrien. Dadurch soll eine bestmögliche Koordination der Betriebsarbeit erreicht werden. Gleichzeitig ermöglicht eine solche industrielle Struktur das allmähliche Anwachsen der Organisation, die Entwicklung zu einer syndikalistischen Organisation. Wenn Kollegen an einer ernsthaften revolutionären Betriebsarbeit interessiert sind, können wir ihnen die Mitarbeit in einer bestehenden Organisationsstruktur an-

bieten. (Im Gegensatz zu früher, wo wir in solchen Fällen nur mit der Achsel zucken konnten und sagen mußten: eine Organisation wie wir sie für richtig halten gibt es nicht!) Der Aufbau unserer Organisation in den Betrieben soll nicht über plakativer Auftreten ("kommt zur FAUD!") sondern über die persönliche Überzeugungsarbeit unserer Militanten geschehen.
Wenn auch der Schwerpunkt unserer Arbeit im wirtschaftlichen Bereich liegt, so heißt dies nicht, daß alle anderen gesellschaftlichen Bereiche ausgeschlossen sein sollen. Zum einen kann der Arbeitsbereich nicht isoliert werden vom Freizeitbereich, und der ökonomische Kampf nicht getrennt werden vom ideologisch/kulturellen Bereich; zum anderen wollen wir nicht nur den Widerstand gegen bestimmte Erscheinungsformen des Kapitalismus organisieren, sondern eine gesamtgesellschaftliche Alternative zu Privatkapitalismus und Staatssozialismus entwickeln. Eine solche gesamtgesellschaftliche Alternative sehen wir ám Anarcho-Syndikalismus.

4) syndikalistische Propagandaorganisation

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind wir noch lange keine syndikalistische Organisation im eigentlichen Sinn als wirtschaftliche Kampforganisation. Unsere Aufgabe ist es, anarcho-syndikalistische Ziele und Kampfmethoden öffentlich zu verbreiten und zu vermitteln. Dazu gehört auch die Aufarbeitung der Geschichte des Anarcho-Syndikalismus und die öffentliche Unterstützung der Kämpfe unserer internationalen Schwesterorganisationen (z.B. der CNT). Die öffentliche Propagierung syndikalistischer Prinzipien geschieht nicht losgelöst von der praktischen Betriebsarbeit und der inhaltlichen Diskussion der Betriebsarbeit und der syndikalistischen Grundsätze, sondern die drei Bereiche Diskussion/Praxis/Propaganda stehen in einem inneren Zusammenhang.

5) Verhältnis zu Basisgruppen und Bürgerinitiativen

Wir verstehen unsere Organisation nicht als Konkurrenz zu bestehenden autonomen Basisgruppen und Bürgerinitiativen. Vielmehr unterstützen wir diese Bewegung und arbeiten selbst in den verschiedenen Betriebs- , Stadtteil- und Projektgruppen mit. Aber wir sind uns darüber im klaren, daß die Basi gruppen, in denen die verschiedensten politischen Richtungen vertret sind, eine eigenständige anarcho-syndikalistische Organisation mit gesamtgesellschaftlicher Perspektive weder ersetzen können, noch den Kern einer solchen Organisation bilden können.(vergleiche Resolution zum Verhältnis zu Basisgruppen). Es kann auch nicht unser Ziel sein , die Basisgruppen "übernehmen" zu wollen, aber allerdings wollen wir den libertären Einfluß in den Basisgruppen verstärken,d.h. die Grundsätze der direkten Demokratie, der Autonomie und der direkten Aktion in sie hineintragen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Autonomie der Basisgruppen ständig gefährdet ist durch die Vorgehensweise der autoritären kommunistischen oder reformistischen Gruppen, die immer wieder versuchen die Basisgruppen und Bürgerinitiativen vor ihren politischen Karren zu spannen.Vereinzelte Libertäre sind viel xxxxxxxxx weniger in der Lage, eine solche Strategie zu verhindern als eine libertäre Organisation.So sollte die Funktion unserer Initiative auch darin liegen, unsere Arbeit in den Basisgruppen zu diskutieren und zu koordinieren.

6) Verhältnis zum DGB

Da es unser langfristiges Ziel ist, eine revolutionäre Gewerkschaft aufzubauen, sind wir eine Konkurrenzorganisation zum DGB. Die Mitarbeit in den Gewerkschaften stellt sich für uns daher nur als taktische Frage, die nicht grundsätzlich mit ja oder nein beantwortet werden kann. Aufgrund der speziellen Verhältnisse im jeweiligen Betrieb und in der jeweiligen Gewerkschaftsgruppe muß die Frage der Gewerkschaftsarbeit von Fall zu Fall entschieden wurden. Auf keinen Fall darf die Frage der Gewerkschaftsmitgliedschaft uns Libertäre trennen! Unsere Initiative ist sowohl der Ort wo revolutionäre Gewerkschaftsmitglieder ihre Arbeit im DGB diskutieren und koordinieren können, als auch der Ort wo Gewerkschaftler gemeinsam mit Nicht-Gerwerkschaftlern eine revolutionäre Bertriebsarbeit entwickeln können. Im Rahmen unserer Schulungsarbeit erfolgt eine inhaltliche Auseinandersetzung über den DGB. Klar sollte auf jeden Fall sein, daß der DGB nur Arbeitsbereich und nicht Organisationsziel sein kann. Übernehmen werden wir den DGB-Apparat nicht können. Sobald, bzw. noch bevor eine syndikalistische Tendenz im DGB zur relevanten Kraft würde, würde sie aus dem DGB rausgeschmissen. Deswegen geht es darum, schon jetzt den Ansatz einer möglichen Alternative zum DGB aufzubauen.

7) Die Funktion der zu schaffenden syndikalistischen Organisation

Unser langfristiges revolutionäres Ziel ist es, eine herrschaftsfreie und ausbeutungsfreie Gesellschaftsordnung herbeizuführen. Eine solche anarchistisch-kommunistische Gesellschaft benötigt eine Organisationsform, die es gewährleistet die Produktion und Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Güter zu regeln, unter ständiger demokratischer Kontrolle der direkt betroffenen Produzenten und Konsumenten. Eine föderalistische, radikal-demokratische Selbstorganisation der Gesellschaft entsteht nicht spontan nach einer Revolution - genausowenig, wie eine Revolution spontan entsteht. Spontane Revolten und spontane demokratische Räte-Bewegungen haben sich gegen die gut organisierte Reaktion bzw. gegenüber gut organisierten neuen autoritären Herrschaftansprüchen nie halten können. Eine funktionierende und dauerhafte Organisation einer anarchistischen Gesellschft kann sich nur entwickeln aus einer vor der Revolution bestehenden wirtschaftlichen Kampforganisation, welche in der Revolution die Organisation der Produktion und Verteilung der Güter übernimmt. Die Struktur der wirtschaftlichen Kampforganisation ist bestimmt durch das Ziel der Selbstverwaltung: föderalistisch, sowohl industriell wie regional organisiert, direkt und demokratisch kontrolliert durch die Mitglieder. So ist die Anarchie das Ziel und der Syndikalismus das Mittel um dieses Ziel zu erreichen. Diese zukünftige Funkion ist jedoch nicht der einzige Zweck einer syndikalistischen Organisation. Ihre Aufgabe ist es, im ständigen Tageskampf mehr Rechte und Freiheiten für die Arbeiter, bessere Arbeitsbedingungen und bessere Lebensbedingungen, höhere Löhne und mehr Freizeit zu erringen.
Gerade durch die Verfilzung des DGB mit Kapitel und Staat, durch die von ihm praktizierte "Sozialpartnerschaft", wird in der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Dauerkrise in der BRD (Arbeitslosigkeit, Einfrieren der Löhne, Verschärfter Druck am Arbeitsplatz) das Fehlen einer echten gewerkschaftlichen Kampforganisation immer deutlicher. Aber auch eine anarcho-syndikalistische Organisation entsteht nicht spontan "von selbst". Sie erfordert eine langjährige systematische Vorarbeit. Genauso wie die syndikalistische Organisation Strukturen der künftigen Gesellschaft ansatzweise vorwegnimmt, versuchen wir in der Aufbauorganisation bereits die Strukturen einer echten syndikalistischen Organisation im Ansatz anzulegen.
Es zeichnen sich also für den von uns angestrebten revolutionären Weg drei Phasen ab:
a) Aufbau- und Propagandaorganisation
b) syndikalistische Organisation
c) Selbstverwaltungsorganisation der Produzenten und Konsumenten.

Dabei sind die Übergänge keine aprupten Brüche, sondern fließend.

8) zum Vorwurf, das Bedürfnis nach einer syndikalistischen Organisation sei noch nicht vorhanden

Uns ist vorgeworfen worden, wir würden eine künstliche Organisation schaffen wollen, bevor an der Basis ein echtes Bedürfnis danach bestehe. Gleichzeitig würden wir damit Strukturen vorgeben, die spätere potentielle Mitglieder nicht mehr beeinflussen können. Dazu ist zu sagen, daß gerade die Prinzipien der direkten Demokratie in der Organisation und der Autonomie der örtlichen und industriellen Gruppen gewährleisten, daß keine "unabänderlichen Tatsachen" geschaffen werdn. Wir sind jederzeit bereit, unsere organisatorischen Regelungen neu zu diskutieren und auf Mehrheitsbeschluß zu ändern. Unverzichtbare Grundsätze sind nur: Anti-Staatlichkeit, Anti-Militarismus, Primat der ökonomischen Aktion, direkte Demokratie und Föderalismus.
Eine revolutionäre Organisation fällt nicht vom Himmel, sondern ist ein languieriger Prozeß mit vielen Rückschlägen und Durststrecken. Gerade unter den Bedingungen der verstärkten Repression durch Unternehmer und Staat ist es notwendig, daß sich die wenigen Revolutionäre zusammenschließen. Deshalb können und wollen wir mit der organisatorischen Strukturierung nicht warten, bis irgendwann in der Zukunft plötzlich bei den "Massen" das Bedürfnis da ist. Um jetzt im syndikalistischen Sinne zu arbeiten müssen wir uns eine verbindliche Struktur geben. Es genügt nicht, den Massen immer wieder zuzurufen: "organisiert Euch!", ohne diese Aufforderung auf uns Libertäre selbst anzuwenden. Wir haben heute das Bedürfnis nach einer syndikalistischen Organisation, daher gehen wir heute daran, eine solche aufzubauen. Erfolg kann die Initiative nur dann haben, wenn sie wirklich von den Libertären und Anarcho-Syndikalisten die in den Betrieben arbeiten, unterstützt wird. Sonst gelingt nicht einmal der erste Schritt: die Schaffung eines organisatorischen Diskussionszusammenhangs der Anarcho-Syndikalisten in Deutschland. Die verständliche Haltung vieler Genossen: erst mal abwarten und beobachten, wie wir uns entwickeln - führt leider dazu, daß wir uns kaum entwickeln. Die bewußt anti-autoritäre Tendenz in der Arbeiterbewegung ist in Deutschland schwach genug. Im Übrigen ist die Größe und Stärke einer Organisation kein Maßstab für ihre Güte und Richtigkeit - sonst wäre die SPD ja eine dufte Organisation!

9) Historische Tradition und Internationaler Zusammenhang

Wenn auch die historische FAUD mit der Niederlage im Faschismus endete, so haben wir doch keinen Grund, die Geschichte des deutschen Anarcho-Syndikalismus zu verleugnen. Zwar sind einzelne Organisationselemente der alten FAUD heute überholt, und der moderne Kapitalismus und Imperialismus verlangt eine neue Analyse, die vor 60 Jahren nicht geleistet werden konnte, aber die Grundprinzipien der FAUD sind auch heute noch richtig. Wir stehen ideologisch in der Tradition des europäischen Anarcho-Syndikalismus, der in Deutschland seinen Ausdruck in der FAUD fand. Dieses geschichtliche Bewußtsein bringen wir in unserem Namen zum Ausdruck. Dies kann selbstverständlich nicht bedeuten, die alte FAUD zu kopieren und die Geschichte wiederholen zu wollen. Der historische Bezug rettet uns nicht vor der Notwendigkeit, eigene Gedanken zu entwickeln und selbständig zu handeln. Er kann uns jedoch Impulse geben und uns eventuell vor Fehlern bewahren, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung bereits gemacht wurden.
Gleichzeitig mit dem Versuch, die Freie Arbeiter Union in Deutschland wieder aufzubauen, bemühen wir uns gemeinsam mit den internationalen Schwesterorganisationen um die Wiederbelebung der noch bestehenden Internationalen Arbeiter Assoziation (die syndikalistische Internationale), deren deutsche Sektion wir heute wieder bilden. Mit dem Wieder-Erstarken der spanischen CNT gewinnt auch die IAA an Bedeutung, was unseren Organisationsprozeß in Deutschland nur unterstützen kann.

Die F.A.U.-nord gibt eine zeitung mit namen: "direkte aktion" heraus. Bezug über:
P.Teichert
Holstenstr.196
2ooo Hamburg 5o



Nachrichten aus Griechenland

Nach dem tod von Baader, Ensslin und Raspe gab es in mehreren europäischen ländern demonstrationen.
In Griechenland waren sie gewaltiger und gewalttätiger als in anderen ländern.
Es gab auch wesentlich mehr verhaftungen und auch ganz erhebliche gefängnisstrafen.

Diese ereignisse sind zum teil in der bürgerlichen presse verschwiegen worden.
Am 18. Oktober war Christos Konstantinidis verhaftet worden, als er mit 5o leuten durch die straßen von Athen zog und zu einer demonstration in den folgenden tagen aufrief. Er wurde sofort verhaftet und ohne gegenwehr abgeführt.
Am nächsten tag, den tag seiner gerichtsverhandlung!, hatte er offensichtlich starke schmerzen, und war kaum fähig der verhandlung konzentriert zu folgen.
Der staatsanwalt gestand zu, daß er niemand geschlagen habe und auch niemand verletzt hätte, aber indirekt dazu aufgerufen hätte.
Konstantinidis fragte während der verhandlung nach medikamenten, die ihm aber nicht ausgehändigt wurden.
Der verteidiger von Konstantinidis meinte, er sei sich selten so überflüßig vorge kommen wie bei diesem prozeß.
Christos Konstantinidis bekam 3 1/2 jahre knast.
In den folgenden tagen wurden die herausgeber mehrerer anarchistischer zeitungen festgenommen und warten nun auf ihre prozesse im kommenden jahr.
Nach einer demo in Thessaloniki kam es zu einem schweren zusammenstoß mit den menschenjägern.
13 personen wurden festgenommen und erhielten verhältnismäßig hohe freiheitsstrafen.

ABF-kontakte: info-büro der ABF
c/o: Karin Bauer
postfach 161
717 Schwäbisch Hall

bulletin-vertrieb:
postfach 2531
752 Bruchsal

freiheitliche sozialisten
postfach 4528
75 Karlsruhe

libertäre sozialisten
postfach 12
6831 Neulußheim